

Wilsdruffer Tageblatt

Sprechsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erhalten täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei
Einschickung monatlich 2 M., durch unsere Mitglieder getragen in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande
2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postgebühren und Postkosten sowie
unter Ausdrück und Geschäftsstelle nehmen keinerlei Bestellungen entgegen. Im Falle schwerer Gewalt, Krieg oder
sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Infanteriepatente III. für die 6-gelbtenen Korporalstelle oder deren Raum, Rekruten, die 2-spaltige Korporalstelle III.
Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Voraussetzungen im amtlichen Teil (nur von
Zehntel) die 2-gelbtenen Korporalstelle III. Nachweisungs-Gebühr 50 Pf. Anzeigenschein 14 vermittelt
10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nach-
auftrag erfolgt, wenn der Betrag durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Reue tritt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats
zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inzeratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 77

Freitag den 31. März 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Der nachstehende 4. Nachtrag zum Ortsgesetz für die Stadt Wilsdruff vom
28. November 1912 wird hiermit veröffentlicht.
Wilsdruff, am 28. März 1922.

Der Stadtrat.

Verzeichnis über die zu beschaffenden Geräte liegt an Ratstafel (Zimmer 14)
zur Einsicht aus.

Preisangebote werden bis 6. April 1922 erbeten.

Wilsdruff, am 30. März 1922.

2713

Der Stadtrat.

4. Nachtrag

zu dem Ortsgesetz für die Stadt Wilsdruff
vom 28. November 1912.

I.

§ 2 erhält folgende Fassung:

Der Gemeindebezirk umfaßt alle im Flurbuche für Wilsdruff d. d. Finanz-
ministerium 1. Abteilung Dresden, am 8. Oktober 1867 und seinen Nach-
trägen verzeichneten Flurstücke einschließlich aller zum bisherigen selbständigen
Gutbezirk des Ritterguts Wilsdruff gehörigen Flurstücke.

II.

Dieser Nachtrag tritt am 1. April 1922 in Kraft.

Wilsdruff, am 2. Februar 1922.

Die Stadtverordneten.

(L. S.) gez. Dr. Kronfeld,

(L. S.) gez. Oberl. Kantor Dienstsch.

Bürgermeister.

444 II C.

Genehmigt.

Dresden, am 22. März 1922.

Ministerium des Innern.

Für den Minister:

(L. S.) J. A. gez. Dr. v. Borde.

Für die Mädchenfortbildungsschule sollen 4 Kochherde mit den dazu erforderlichen
Geräten (Teller, Töpfe, Schüsseln, Messern, Gabeln usw.) beschafft werden. Ein genaues

Kleine Zeitung für eilige Leset.

* Die deutschen Ressortminister haben ihre Vorbesprechungen
in Genoa abgeschlossen. Das Kabinett wird nun die deutschen
Abgesandten für Genoa bestimmen.

* Am Reichstage hielt der Außenminister Dr. Rathenau im
Rahmen der allgemeinen Debatte eine Rede über die Reparations-
notwendigkeit.

* Der preussische Landwirtschaftsminister Wendorf wies im
Landtage auf die Notwendigkeit hin, die landwirtschaftliche
Produktion zu erhöhen und warnte vor dem Defizit.

* In einem Berliner Konzertsaal wurde von zwei früheren
russischen Leuten ein Revolverattentat auf Wilschlow ver-
übt, bei dem Senator Kabanow erschossen wurde.

* Die französische Regierung hat den Justizminister Barthou
zum Führer der französischen Delegation für Genoa ernannt.

Das „Nein“ des Kanzlers.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns
über die Dienstreise des Reichskanzlers geschrieben:

Dr. Wirth, der Erfüllungskanzler, hat sich der Auf-
gabe, diesmal ein klares und hartes „Nein“ zu sprechen,
wie auch seine Gegner anerkennen müssen, mit ruhiger
Würde unterzogen, in der er Festigkeit und Besonnenheit
zu verbinden wußte, und der Reichstag hat die Antwort
der Regierung auf die Reparationsnote, bei aller Mei-
nungsverschiedenheit im einzelnen, in maßvoller Haltung
entgegengenommen. Wir dürfen uns dessen freuen, des
Beispiels von oben und der Art, wie es diesmal befohlen
wurde, denn nichts würde mit der Lage, in der wir uns
befinden, in krasserem Widerspruch als Gezänk und Lärm-
macheri. Wir würden mit solchem Gebaren unseren
Feinden nur noch mehr in die Hände arbeiten.

Dabei braucht seinen Augenblick verschwiegen zu wer-
den, daß die Meinungen über den Inhalt der Kanzlerrede
auch diesmal auseinandergehen. Auf der einen Seite die-
jenigen, die mit allem, was Dr. Wirth gesagt hat, einver-
standen sind, die das „Nein“ klar, bestimmt und verlässlich
finden, ein Wort, an dem nichts zu rütteln und zu denken
sei. Auf der anderen Seite die Misstrauenden, die schon
den Übergang vom gestrigen „Nein“ zum morgigen „Ja“
vor sich sehen, und Herrn Dr. Wirth und den Seinen weder
den ersten Willen noch die äußerste Kraft zutrauen, auf
der Ablehnung der neuesten Ententeforderungen unter allen
Umständen zu verharren. Sie glauben, daß der Reichs-
kanzler von der Notwendigkeit seiner Erfüllungspflicht
heute nicht weniger als je überzeugt und zu ihrer Fort-
führung entschlossen sei, obwohl er zugeben mußte, daß
seine Bemühungen, damit eine günstigere Verhandlungs-
atmosphäre zwischen Deutschland und seinen Gläubigern
zu schaffen, gescheitert sind. Bei solchem Tatbestand hätte
nach ihrer Meinung die Regierung Wirth die politisch-
parlamentarischen Konsequenzen ziehen und anderen Leuten
das Heft der Regierung überlassen müssen. So lönt es
von rechts, so lönt es auch von ganz links herüber.

Aber niemand würde behaupten können, daß diese in
jeder Krisis wiederkehrende Forderung heute mit dem-
jenigen Nachdruck geltend gemacht wird, wie es geschehen
müßte, wenn man ernstlich damit rechnete, sie durchzusetzen.
Das Handwerk der Opposition hat nachgerade in Deutsch-
land eine gewisse Abmilderung mit den politischen Methoden

der Regierung angenommen: beide bewegen sich tagen
lang auf der gleichen Linie, beide lassen neue führende
Ideen vermischen, an denen die Geister, erschüttert, ent-
zündet, in Verwirrung geraten, wie sie sind, sich neu orien-
tieren könnten. Und da wir nun doch einmal darauf an-
gewiesen sind, praktische Politik zu treiben, so sollte
sich jeder, der heute nach Regierungswechsel und Reichstags-
auflösung und Neuwahlen ruft, vorher doch gewissenhaft
fragen, ob wir nicht vielmehr der ungeduldrigen Entente
gegenüber alle Kräfte, die der Regierung, wie der Opposi-
tionsparteien, auf die Möglichkeit einer erfolgreichen Ab-
wehr der unsinnigen, unüberwindlichen Forderungen un-
serer Gegner vereinigen müssen. Auf dieses Ziel ist im
Augenblick der Wille der Reichsregierung gerichtet. Daran
darf nach dem scharfen Aufreizen Dr. Wirths kein Zweifel
sein. Insofern ist die Regierung diesmal auf prak-
tische Politik eingestrichelt, und alle, die es angeht, sollten
sich bei diesem Abwehrwillen festhalten. Herr Wirth hätte sich
namentlich im Ton seiner Antwortrede nicht so weit gegen
die Unverständlichkeit des Reparationsauschusses vorge-
wagt, wenn im Hintergrunde seiner Gedanken bereits die
Genehmigkeit zum Einschwenken, zum Annehmen und zum
Unterschreiben geschimmert hätte.

Diese Reichstagsrede kann bereits, so wie sie ist, eine
weitere Verschärfung unserer außenpolitischen Lage zur
Folge haben, und der Kanzler wird ihr nur die Stirn bie-
ten können, wenn die einheitsliche Stimmung des deutschen
Volkes nicht zerstört wird. Auch die innerpolitischen Gegen-
ner der Regierung müssen sich diesmal der Einheitsfront
entziehen. Die Entente würde eine neue Regierung, sie
möge von rechts oder von links her genommen sein, sicher
nicht milder behandeln als die Herren Dr. Wirth und Dr.
Rathenau. Also muß jedermann ihnen beistehen in der
gegenwärtigen Not, ohne Rücksicht darauf, wer sie verschul-
det hat. Frankreich rüßt sich, wenn nicht alles läßt, zu
einem Kampf auf Leben und Tod mit Deutschland. Da
kann es für jeden Deutschen, der seine Heimat liebt, nur
eine Forderung des Tages geben.

Die Einheitsfront der Presse.

Aberwiegend Zustimmung zur Kanzlerrede
Nachdem schon der deutsch-nationale Abgeordnete
Hergt im Anschluß an die Rede des Reichskanzlers die
„Einheitsfront“ begrüßt hatte, die sich seit langer Zeit
nicht in solcher Ausdehnung im Reichstage gezeigt hatte,
kann es nicht auffällig erscheinen, daß auch die Berliner
Partei- und Tagespresse die Ausführungen des Kanzlers im wesent-
lichen billigt. Eine Ausnahme hiervon machen allerdings
die deutsch-nationalen Blätter, die eine schärfere
Kritik üben als der deutsch-nationale Redner im Reichs-
tage selbst.

Die Kreuzzeitung ist der Ansicht, es könne nur eine
wirksame Abwehr der ungeduldrigen Forderung, nur einen
eindringlichen Protest gegen die unwürdige Androhung geben,
nämlich den Rücktritt des Erfüllungskanzlers und Ande-
rung des politischen Systems. Die Tat ist aber der Kanzler
zwar gegen früher etwas geändert, aber die Klopffische-
rei sei geblieben. — Ähnlich urteilt die Deutsche Tages-
zeitung: „Der Kanzler hält ein großes, zum Teil aner-
kennenswertes, furchtbares Plädoyer gegen die Unvernunft der
Ententezumutungen und merkt nicht, daß das ein Plädoyer
gegen die Erfüllungspolitik ist. Sie hat sich im
vollsten Sinne als Katastrophopolitik erwiesen.“

Die „Einheitsfront“ reicht diesmal in der Presse von
der deutschen Volkspartei bis zu den Un-
abhängigen, und nur mehr oder minder große Vor-
behalte und abschwächende Wünsche werden der grund-
sätzlichen Zustimmung angehängt.

Die Tägliche Rundschau ist noch sehr zweifelhaft und
sagt: „Es war ein Nein; aber es war ein Nein mit Vor-
behalten und Hinterhalten. Es war höchstens die
Knope eines richtigen Neins, eine Knope in einem sehr winter-
lichen Frühjahr, eine Knope im Märzschnee; kein Mensch kann
wissen, ob sie im Frost sterben oder doch noch Wärme und Frucht
werden wird.“ — Weit klarer stimmt das Parteiorgan der
Volkspartei, die Zeit, dem Kanzler zu: „Der Kanzler hat
im zweiten Teil seiner Rede nach dem letzten Nein wieder die
Hoffnung auf Verhandlungen gesetzt und damit Zustimmung
und Mißtrauen bei vielen Mitgliedern des Hauses erregt.
Aber die Lage ist doch eine völlig verschiedene. Dar-
über handelte es sich um Entschlüsse und Meinungen der
Parteien; hier um eine wohlbedachte, einstimmige und vom
gesamten Reichstage gebilligte oder doch nicht widersprochene
Willensmeinung der Regierung.“ — Das Zentrum-
blatt Germania und die demokratische Pressezeitung
legen besonderen Wert auf die Wirkung der Rede im Ausland.
Wenn die Welt bedenke, daß gerade der „Erfüllungskanzler“
solche Worte wie diesmal sprach, dann brauche man um den
Erfolg nicht bangen zu sein. Jetzt trete allerdings die inter-
nationale Krise erst in ihr entscheidendes Stadium. Aber
das „Nein“ des Kanzlers werde bestehen bleiben, selbst wenn
man nun in Paris erst zum eigentlichen Angriff blasen sollte.
— Die Volksliche Zeitung verteidigt den am meisten an-
gegriffenen zweiten Teil der Kanzlerrede und nennt ihn
den eigentlichen „politischen“ Teil, dem das Ausland besondere
Beachtung schenken möge. — Der Vorwärts stellt fest: „Die
Erklärung des Kanzlers und die Haltung der Regierung
gegenüber den Forderungen der Reparationskommission finden
im allgemeinen die Billigung der sozialdemokratischen
Fraktion. Sie unterstützen jedes Bestreben, durch ehrliche Ver-
handlungen die Lage unseres Landes zu verbessern und weil
jeden Versuch nationalistischer Aufspaltung zurück.“ — Selbst
die unabhängige Freiheit schreibt: „Was der Reichskanzler
mit teilweise sehr scharfen Worten gegen den Versuch des Ein-
tritts in die deutsche Finanzhoheit geltend machte, entspricht
im großen und ganzen auch unserer Auffassung. So
scharf wir auch über die Mängel der deutschen Steuerbera-
tung und Steuerkontrolle kritisiert haben, so unmöglich ist
es doch, nun der Entente die Oberhoheit über die deutsche
Steuerberatung zu überlassen.“

Ganz links schließen sich die Kommunisten von dem
Chor der Zustimmung an und nennen die Kanzlerrede
in der „Roten Fahne“ ein klägliches Geschwätz. Aber
auf dieser Seite ist der Widerspruch immer so grundsätz-
licher Natur, daß er den allgemeinen Eindruck der weichen-
henden Einmütigkeit im Urteil über diese Rede kaum be-
einflußt.

Das Ausland zur Kanzlerrede.

Pressestimmen aus England und Frankreich.
Die Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth im Reichstage
zur Reparationsnote wird von den englischen Blät-
tern in ausführlicher Fassung veröffentlicht, bisher nimmt
jedoch nur ein Teil der Blätter dazu Stellung.
„The Westminster Gazette“ schreibt, die Antwort Wirths
sei unvermeidlich gewesen. Deutschland sei nicht in der Lage,
die ihm gestellten Forderungen voll zu erfüllen. Der Geldmarkt
lasse sich nicht durch Gesetze bewegen. Früher oder später
würden die Nationen auf die nackte Wahrheit stoßen, daß der

